

Forum Familie

Informationen
Meinungen

Nr. 49

Dezember 2005

Familienbund der Katholiken
Diözesanverband Freiburg

Auch eine Chance!

Entgegen dem allgemeinen Tenor, der eine große Koalition sehr kritisch beäugt, liegen eindeutig auch Chancen in der politischen Konstellation, die sich nun in einer großen Koalition abbildet. Unfreiwillig haben einige „ältere Herren“ diese Entwicklung unterstützt:

Ex-Kanzler Schröder gestaltete seinen Abschied, indem er Neuwahlen durchsetzte und verlor. **Edmund Stoiber** wurde durch regelmäßige Störfeuer und Forderungen mehr und mehr zum Risiko, hat sich aber verspekuliert und damit selbst herausgekegelt.

Und auch **Franz Müntefering**, designierter Vize-Kanzler, stolperte über sein zweifelhaftes Demokratieverständnis, was ihn den Vorsitz der SPD kostete.

An deren Stelle tritt nun eine neue Riege von PolitikernInnen, die zumindest im Moment den Eindruck macht, weniger in den verkrusteten eigenen Parteistrukturen verhaftet zu sein und stärker einen Blick für gemeinsame, notwendige Aufgaben zu entwickeln. So füllt **Matthias Platzeck** das Amt des SPD-Parteivorsitzenden in kürzester Zeit präsent und profiliert aus – gemäß dem Auftrag seines Vaters, dass er, wenn er schon in eine Partei eintrete, dann auch ihr Vorsitzender werden solle. Und **Angela Merkel** hat sich, trotz deutlicher Schwächen im Wahlkampf, spätestens durch ihre souveräne Art am Wahlabend in der ‚Elefantenrunde‘ als mögliche Kanzlerin empfohlen. Nicht zuletzt **Peer Steinbrück** als unverbraucher, offensichtlich energiegelegener Finanzminister und **Ursula von der Leyen**, die für Familien zuständig sein wird, scheinen eine gute Wahl zu sein.

Trotzdem muss man natürlich fragen, was Familien erwartet: Zunächst nicht allzu Gutes. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist beschlossene Sache und belastet Familien als Verbrauchssteuer zwangsläufig überproportional. Und die Einführung eines Elterngeldes als Lohnersatzleistung anstatt des bisherigen Bundeserziehungsgeldes, hat in sich noch viele Ungereimtheiten. Angefangen von der Frage einer sozialen Ausgewogenheit – wie viel stärker darf die Förderung von Kindern einkommensstarker Eltern sein – bis hin zur Frage ob sich Väter damit in die Elternzeit locken bzw zwingen las-

sen. (Um volle 12 Monate Elternzeit zu beziehen müssen auch 2 Monate vom Vater genommen werden)

Da ist es doch an der Zeit zu wünschen:

Dass diese Regierung in der Lage sein möge, parteipolitische Bretter vor dem Kopf loszulassen und vielmehr Gesamtzusammenhänge zu verstehen und in politische Schritte umzusetzen. So ist es z.B. in der **Rentenfrage** notwendig, endlich die bundesverfassungsgerichtlich bestätigte grobe Benachteiligung von Eltern abzubauen.

Oder bei den **Steuern**: Zwar hatte offensichtlich im Wahlkampf kaum jemand verstanden oder verstehen wollen, welches Modell **Paul Kirchhoff** entwickelt hat (zu sehr ans Herz gewachsen sind fast jedem seine eigenen kleinen Steuerprivilegien), aber immer noch besteht die Chance, die Steuergesetzgebung radikal zu vereinfachen und ähnlich familienfreundlich zu gestalten, wie es das Kirchhoff-sche Modell vorsah (das übrigens auch Beschlusslage des Familienbundes ist).

Nicht zuletzt ist dieser Regierung zu wünschen, dass es ihr gelingt, Familienfreundlichkeit tatsächlich auf eine Weise umzusetzen, die spürbar und unterstützend ist für alle Familien und trotzdem das gegenseitige Verständnis von Eltern und ‚kinderlosen‘ Erwachsenen stärkt. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu:

„Eine Gesellschaft ohne Kinder hat keine Zukunft. In Deutschland werden zu wenige Kinder geboren. Wir wollen mehr Kinder in den Familien und mehr Kinder in der Gesellschaft. In der Familie lernt der Mensch, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Familien sind Grundlage eines freiheitlichen Gemeinwesens.“

Die Notwendigkeit für grundlegende Änderungen ist erkannt und eine große Koalition hat auch die Möglichkeiten – erwartungsvoll blicken wir auf die kommenden 4 Jahre... Ulrich Kirchgäßner



Ulrich Kirchgäßner

Diözesanvorsitzender
des Familienbundes der
Katholiken





Arm dran – alleinerziehend mit **Harz IV**

Jeder achte Bundesbürger lebt laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Armut. Dabei wird hervorgehoben, dass insbesondere die Zahl allein Erziehender, die von Armut betroffen sind, alarmierend hoch ist. Das hat sich seit dem neu eingeführten Arbeitslosengeld II im Zuge der Reform der Sozialgesetzgebung, auch Hartz IV genannt, verschärft. Der folgende Beitrag zeigt die Erfahrungen einer allein erziehenden Mutter mit drei Kindern, die sie alltäglich als Bezieherin von ALG II macht.

Bei Hartz IV wurde groß angekündigt, daß die Mietkosten in angemessenem Umfang übernommen werden und pro Familienmitglied eine Regelleistung erfolgt.

In der Praxis sieht es bei mir so aus, daß von meinen Mietkosten in Höhe von

692 € nur 511 € als Miete angerechnet werden, mit der Begründung die Miete sei zu hoch und die Wohnung zu groß. Ich wäre bereit in eine kleinere Wohnung zu ziehen, aber bisher habe ich keine billigere Wohnung gefunden. Unabhängig davon ist es aussichtslos mit drei Kindern, und dazu noch arbeitslos eine Wohnung zu finden. Ich bezahle eine Warmmiete von 6,92 € pro m², und das ist in Freiburg unter dem Durchschnitt.

Die Differenz zwischen tatsächlicher Miete und anrechenbarer Miete (181 €) muß ich von dem mir zustehenden Regelsatz begleichen, der Summe, die mir eigentlich zum Leben bleiben sollte. Dazu kommen noch Kosten für Strom, Heizung und Wasser und Telefon, Kindergarten, Kernzeitbetreuung.

Der den Kindern zustehende Regelsatz wird erst mal gekürzt durch das Kindergeld. Das bedeutet konkret, sie bekommen kein Kindergeld. Das Kindergeld wird als Einkommen der Familie in voller Höhe angerechnet. Jedes Kind von gutverdienenden Eltern, die also eine Arbeit haben, erhält monatlich Kinder-

geld vom Staat. Diese Familien haben das Kindergeld also zusätzlich zu Ihrem Einkommen dazu.

Als Sozialhilfeempfängerin hatte ich monatlich ca. 180 € mehr zur Verfügung. Ich hatte zusätzlich immer gejobbt, das Gehalt wurde angemessen mit der Sozialhilfe verrechnet und es gab einen Freibetrag.

Bei Hartz IV sieht es so aus, daß ich bei einem 400 € Job monatlich dann 60 € mehr

hätte. Und das für ca. 60 Stunden monatliche Arbeit. Und wenn der Job noch nachmittags ist, brauche ich diese 60 € für die Kinderbetreuung. Bisher ist es mir nicht gelungen, eine Auskunft zu bekommen, ob Kinderbetreuungs-kosten übernommen werden. Das wäre wichtig im Vorfeld zu klären, je nachdem würde es das Bewerbungsspektrum erweitern.

Es ist sehr mühselig bei Hartz IV einen kompetenten Ansprechpartner zu finden. Schreibe ich an die ARGE, dauert es Wochen bis eine Antwort kommt, telefonisch ist total zwecklos, es wird nicht abgenommen. In den letzten 4 Wochen habe ich 4 Schreiben losgeschickt u.a. mit Fragen, die man einfach am Telefon hätte besprechen können. Bisher habe ich noch keine Antwort bekommen.

Obwohl ich drei Kinder erziehe habe ich keine Rentenversicherung und kann es mir nicht leisten eine private Altersvorsorge abzuschließen. Schön

für die, die keine Kinder Erziehen, einen guten Job haben und dann im Alter ausgesorgt haben.

Meine Kinder haben keine Unfallversicherung oder Zahnversicherung, in der Hoffnung sie brauchen das nicht, wir können uns das nicht leisten.

Bei der Arbeitssuche habe ich bisher vom Arbeitsamt keinerlei Unterstützung erhalten. Die von mir gestellten Fragen, z.B. Kinderbetreuung, eventuell zwei 400 € Jobs usw. blieben unbeantwortet. Nun werde ich im Krankenhaus Nachts Bereitschaftsdienste machen, meine Kinder (Alter 6,8 und 10) sind in dieser Zeit unbeaufsichtigt zu Hause, ich hoffe sie sind vernünftig und es geht gut.

Wir leben wirklich sehr sparsam, die Kinder tragen meistens geschenkte Klamotten von Freunden oder vom Flohmarkt. Ich kaufe mir selten Kleider und dann auch Second hand.

Meine Tochter hatte den Wunsch Geige zu spielen. Für mich unbezahlbar. Nun spielt sie doch, wir sparen dafür an allen Ecken und Kanten. Bisher hatten wir ein Auto, es war nicht mehr viel wert, aber Geigenunterricht und Autounterhalt war einfach zu viel. Das Auto haben wir abgeschafft. Und wir verzichten auch auf jeglichen Urlaub.

Wenn in einem Monat ein paar ungeplante Ausgaben zusammentreffen sieht es mies aus. z.B. für mich im Juni. Meine Tochter brauchte dringend Sandalen, die vom letzten Jahr haben nun doch nicht einen zweiten Sommer gehalten. Dann stand der Vermieter mit einer Nachzahlung für die Heizkosten vor der Tür und ich mußte zum Zahnarzt, Behandlung mit Eigenkostenanteil. Da heißt es dann wieder abwägen, was läßt sich hinauszögern.“

„Ich bin seit 4 1/2 Jahren alleinerziehende Mutter von drei Kindern.

Seit Januar beziehe ich Hartz IV.



Gerechter Sozialstaat?

Wolfgang Kessler bei der Diözesankonferenz des Familienbundes am 09.11.2005

Sozialstaat adé? oder: Wie ein gerechter Staat doch möglich werden könnte

Das Katastrophenszenario klingt so gewaltig wie trostlos: Der Staat ist pleite, den sozialen Einrichtungen geht das Geld aus. Zudem stehen in den kommenden Jahren stehen immer weniger junge Erwerbstätige immer mehr Alten und Kranken gegenüber. Müssen derzeit noch fünf Arbeitnehmer einen Rentner tragen, so werden es in 15 Jahren drei sein. Alle erhalten nur noch eine Minirente. Wer nicht vorgesorgt hat, ist arm. Armes Deutschland.

Dieses Katastrophenszenario entspricht durchaus dem, was einige Experten in Talk-Shows und Büchern verbreiten. Glaubt man ihren Prognosen von einer ausblutenden Wirtschaft, einem bankrotten Staat und einer demographischen Katastrophe – so liegen sie mit ihren Schlussfolgerungen richtig. Andererseits gelangen auch Experten nur zu jenen Schlussfolgerungen, die ihren Analysen entsprechen. Dies heißt noch lange nicht, dass sie der Realität gerecht werden.

Die wirklichen Ursachen der Krise

Niemand bestreitet, dass der Sozialstaat vor großen Herausforderungen steht. Allerdings sind die wirklichen Ursachen der Sozialstaatskrise weitaus komplexer, als dies die Untergangspropheten unterstellen:

● **Die Beschäftigungskrise:** Technische Entwicklungen und der ungeheure Konkurrenzdruck durch die Globalisierung der Wirtschaft zwingen die Wirtschaft zu Rationalisierung. Brauchte man 1960 noch 40 Erwerbstätige, um Waren und Dienstleistungen für eine Million Mark herzustellen, so genügen dazu heute – preisbereinigt – etwa zehn. Das Beschäftigungsvolumen nimmt ab. Gleichzeitig zeigen sich auf vielen Massenmärkten Sättigungerscheinungen. Die Angst sorgt dafür, dass die Menschen mehr sparen und weniger konsumieren. Deshalb sind über vier Millionen Menschen ohne Erwerbsarbeit – dazu kommen zwei bis drei Millionen, die nicht mehr suchen oder aus der Statistik herausgefiltert wurden. Da 100 000 Arbeitslose die Sozialversicherungen 0,7 Milliarden Euro kosten, ist die hohe Arbeitslosigkeit ist bedeutendste Ursache der Sozialstaatskrise.

● **Dazu kommt eine ungerechte Einkommensverteilung,** die dem Sozialstaat langsam, aber stetig die finanzielle Basis entzieht. Seit vielen Jahren sinkt in Deutschland der Anteil der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen, während der Anteil der Einkommen aus Gewinnen und Vermögen wächst. Die Sozialversicherungen finanzieren sich jedoch in erster Linie aus Arbeitseinkommen und kaum aus Kapital- und Vermögenserträgen.

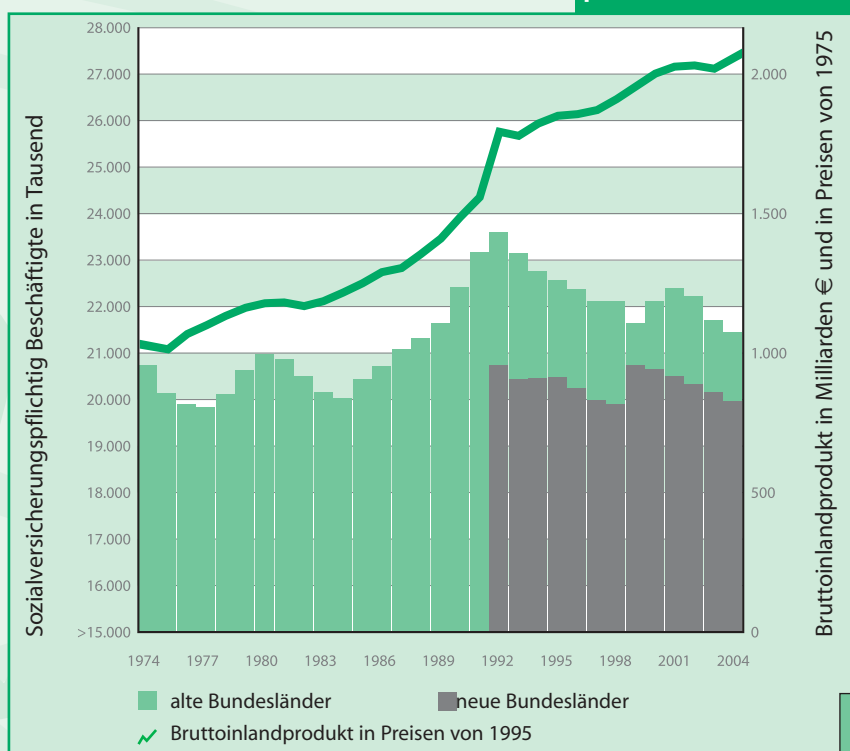
● **Die Selektion im deutschen Bildungswesen** hat ebenso tiefe soziale Spuren hinterlassen wie die Unfähigkeit, Beruf und Familie besser in Einklang die zu bringen. Während in Finnland jährlich weniger als 200 Schülerinnen und Schüler die Schulen ohne Abschluss verlassen, sind es in Deutschland über 100.000, mehr als zehn Prozent. So verwundert es nicht, dass sich dieses Problem auf dem Arbeitsmarkt fortsetzt. 41 Prozent der registrierten Arbeitslosen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Und zu alledem kommt hinzu, dass es Deutschland nicht geschafft hat, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer zu verbessern. Es gibt nur sehr wenige Ganztageskindergärten und Ganztageschulen, es gibt immer noch zu viele Grabenkämpfe



Wolfgang Kessler ist promovierter Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler und Chefredakteur der Zeitschrift Publik-Forum.

Seit 1993 gingen in Deutschland die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 2,8 Millionen zurück

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Bruttoinlandsprodukt 1974 bis 2004





Gerechter Sozialstaat?



Kesslers Thesen finden sich in dem aktuellen Buch »Wider die herrschende Leere«, das er zusammen mit den Chefredakteuren der Frankfurter Rundschau verfaßte. Es enthält vielfältige und zukunftsweisende Alternativen zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik: Hebel/Kessler/Storz. *Wider die herrschende Leere.* Publik-Forum-Verlag. 2005. 13,90 Euro. ISBN 3-88095-148-9

Deutschland: Staatliche Einnahmequote den Durchschnitt der 15 „alten“ EU-Ländern

Gesamteinnahmen des Staates in Prozent des Bruttoinlandsproduktes (staatliche Einnahmequote) 1995 bis 2004

zwischen Mütter und Väter, die ihre Kinder vor allem zu Hause betreuen wollen und jenen, die Fremdbetreuung fordern, um Erwerbsarbeit leisten zu können. Der europäische Vergleich zeigt jedoch, dass Länder mit gut organisierter Fremdbetreuung wie Skandinavien, Frankreich oder Großbritannien höhere Geburtenraten haben als Italien, Spanien oder Griechenland – Länder, die auf familiäre Betreuung setzen, obwohl die Frauen auch in diesen Länder ihre traditionelle Mutterrolle nicht mehr akzeptieren.

● Die deutsch-deutsche Vereinigung:

Teile der Lasten, die durch die deutsch-deutsche Vereinigung entstanden sind, wurden einfach an die Sozialversicherungen abgetreten. Ohne diese Lasten wären die Beiträge um fünf bis sechs Prozentpunkte niedriger. Dies hat die Sozialabgaben in die Höhe getrieben und für viel Ungerechtigkeit gesorgt. Denn: An der Rentenversicherung werden nur Arbeiter und Angestellte beteiligt. Aus der Krankenversicherung können sich alle verabschieden, die mehr als 3500 Euro im Monat verdienen. Die Basis der Sozialversicherung ist dünn, doch diese Basis hat große Teile der Vereinigungslasten getragen.

● **Längerfristig ist die demographische Entwicklung** eine große Herausforderung, kurzfristig ist sie sogar eine Chance. Dieses Problem wird allerdings erst ab 2030 dramatisch. War 1992 nur jeder fünfte Bürger älter als 59 Jahre, so wird dies im Jahre 2040 jeder

dritte sein. Allerdings wird bis dahin auch die Produktivität der Beschäftigten steigen. Diese wachsende Produktivität erlaubt es auch weniger Jüngeren, mehr Ältere zu finanzieren – wie in der Vergangenheit: Vor hundert Jahren konnten 100 Bauern nur acht Nichtbauern miternähren – es kam zu Hungersnöten. Heute kann jeder Bauer 88 Nichtbauern miternähren – es herrscht Überproduktion. Warum sollten also in Zukunft weniger Beschäftigte nicht mehr Ältere ernähren können? Kurzfristig ist die demographische Entwicklung sogar eine Chance: Wenn weniger Junge nachwachsen, können alle Jugendlichen sowie mehr Frauen und ältere Menschen einen Arbeitsplatz erhalten. Vollbeschäftigung ist möglich.

Die Auswege aus der Krise

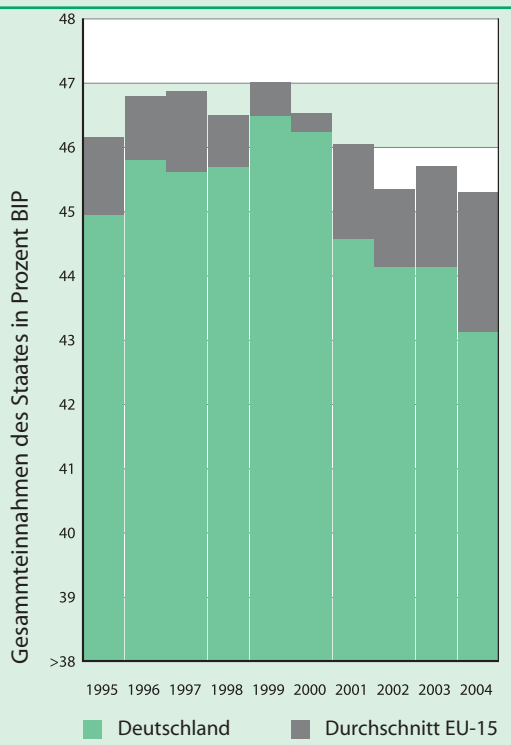
Zugegeben: Der Sozialstaat steckt in einer tiefen Krise. Er kann jedoch so umgebaut werden, dass er finanzierbar und gerecht bleibt. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Strategien an den wirklichen Ursachen der Sozialstaatskrise ansetzen: An der hohen Arbeitslosigkeit und an der ungerechten Belastung bestimmter Einkommen und bestimmter Bevölkerungsgruppen. An Vorschlägen und erfolgreichen Erfahrungen aus anderen Ländern fehlt es nicht:

● Investitionen in die Zukunft.

In einer Zeit, in der die traditionellen Märkte gesättigt sind und die Menschen aus Angst vor der Zukunft wenig konsumieren, könnte ein breit angelegtes Investitionsprogramm den gordischen Knoten der Lethargie durchschlagen. Deutschland hat in vielen Bereichen einen großen Nachholbedarf gegenüber anderen Industrieländern: Bei der Förderung von Kindergärten, (Ganztags-)Schulen und Hochschulen; beim Bau von Schienen und Straßen; in der Betreuung von Jugendlichen, in der Pflege von Kranken und Älteren. Dazu kommen die großen Chancen der industriellen Innovation, die bei staatlichen Anreizen viele Arbeitsplätze schaffen könnten: Erdgasautos, nachwachsende Rohstoffe, neue Werkstoffe und viele andere neue Technologien.

● Das Geld kann aus drei Quellen kommen.

Ein kleiner Teil – zum Beispiel fünf Milliarden – wird aus neuen Krediten finanziert. An ihrer Rückzahlung sind zwar künftige Generationen beteiligt. Dies ist allerdings so lange gerechtfertigt, wie die Kinder und Enkel von heute die Investitionen des Staates auch morgen selbst nutzen können – bei Schulen, Schienen oder Straßen ist dies der Fall. Eine zweite Finanz-



quelle sind die Goldreserven der Deutschen Bundesbank. Sie hortet rund 90 Milliarden Euro, die währungspolitisch nicht benötigt werden und die man – in kleineren Mengen von drei bis fünf Milliarden pro Jahr – in die Zukunft investieren könnte. Zum dritten könnte eine mutige Politik jene alte Formel in die Tat umsetzen, die auf Sonntagsreden oft gefordert wird: Weniger Subventionen, mehr Investitionen. Dies heißt konkret: Weniger Geld für Kohle, Landwirtschaft, Großunternehmen, Fluggäste oder Pendler – mehr Geld für Investitionen in Arbeitsplätze von heute und in die Infrastruktur von morgen. Ein derartiges Investitionsprogramm als Alternative zur verhängnisvollen Sparpolitik hätte mehrere Vorteile: Es schafft neue Märkte und Arbeitsplätze, verbessert die Lebensqualität, modernisiert die Wirtschaft und erhöht die Steuereinnahmen.

● **Originelle Arbeitszeitpolitik.**

Eine Verringerung der Arbeitslosigkeit steht und fällt mit einer intelligenten Arbeitszeit-Politik: Sie muss die Arbeitszeiten verkürzen und gleichzeitig flexibler machen. In den Niederlanden arbeiten 64 Prozent der Frauen und 15 Prozent aller Männer Teilzeit – insgesamt fast 35 Prozent aller Beschäftigten. In Deutschland sind es nur 17 Prozent. In Schweden und Dänemark gehören Sabbatjahre – ein Jahr bezahlter Urlaub nach sieben Jahren Arbeit – und die Job-Rotation – die Beschäftigten bilden sich regelmäßig weiter und werden in dieser Zeit durch Arbeitslose ersetzt – zum Arbeitsalltag. Durch kürzere Arbeitszeiten wird Arbeit auf mehr Köpfe verteilt, während hier zu Lande jedes Jahr 1,8 Milliarden Überstunden anfallen. Und das wichtigste: Das Teilen von Arbeit wird leichter, zwischen Frauen und Männern ebenso wie zwischen jung und alt. Gefordert sind deshalb Anreizsysteme, die zu originellen Arbeitszeitmodellen ermutigen. Warum erhalten Unternehmen, die die Arbeitszeit ihrer Mitarbeiter(innen) zum Beispiel durch den Abbau von Überstunden, durch Sabbatjahre oder Teilzeit verkürzen und dafür registrierte Arbeitslose einstellen, nicht für einige Jahre das Geld, das diese Arbeitslosen den Staat gekostet hätten? Das kostet nicht viel, weil die Arbeitslosen ohnehin bezahlt werden müssen. Und: Warum verhindert in Deutschland keine Mindestrente, dass Teilzeitbeschäftigte im Alter – wie heute – durch eine geringe Rente bestraft werden?

● **Familienfreundliche Volksversicherungen** wie in der Schweiz und in Österreich. Die Alpenrepubliken führen vor, wie Sozialversicherungen solidarisch organisiert werden können und – gerade deshalb – finanzierbar bleiben

und gerecht wirken: In der Schweiz sind alle Bürger ab ihrem 20. Lebensjahr Mitglieder der Rentenversicherung. Sie zahlen Beiträge von Löhnen, Gewinnen und Vermögenserträgen und erhalten dafür auf jeden Fall eine Mindestrente von rund 700 Euro pro Monat. 50 Prozent der Eidgenossen kommen auf eine Höchstrente von 1400 Euro pro Monat. Dabei werden auch jene Jahre angerechnet, in denen ein Elternteil aus Erwerbsarbeit verzichtet und Kinder bis zu 16 Jahren erzogen hat. Auf Grund der breiten Basis – alle Menschen, alle Einkommen – sind die Beiträge nur etwa halb so hoch wie in Deutschland. Für private Vorsorge bleibt genügend Geld übrig. In Österreich sind 99 Prozent aller Bürger in einer gesetzlichen Krankenversicherung. Sie sichern die medizinischen Behandlung ab – ebenfalls zu Beiträgen, die bei Beschäftigten (und ihren Arbeitgebern) etwa halb so hoch sind wie in Deutschland. Wer luxuriöser behandelt werden will, kann (oder muß) Zusatzversicherungen abschließen. Beide Beispiele zeigen: Wenn alle Menschen und alle Einkommen die Sozialversicherungen finanzieren, sind sie bezahlbar, gerecht und zukunftsfähig. Im Gegensatz zu den deutschen Sozialversicherungen.

● **Familien und soziale Netze stärken.**

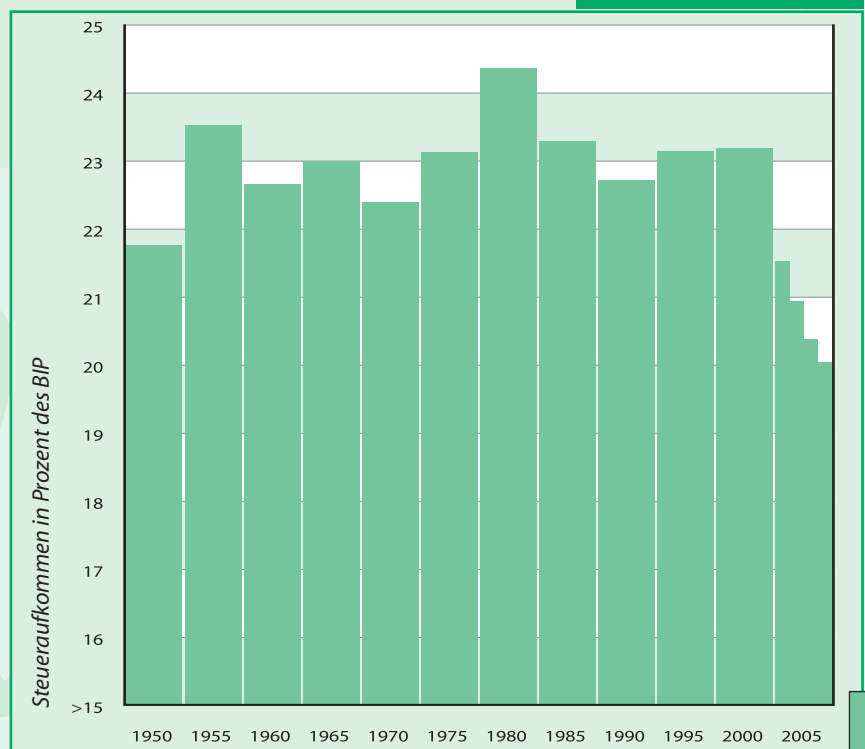
Große Reformkonzepte wie eine gerechte Besteuerung oder die Einrichtung von Bürgerversicherungen wecken oft den Alptraum vom Moloch Sozialstaat. Gegen diesen angeblich



Rückläufige Steuerquote

Kassenmässiges Steueraufkommen in Prozent des Bruttoinlandsproduktes 1950 bis 2004

Ab 1960: mit Saarland, ab 1995: Gesamtdeutschland





Gerechter Sozialstaat?

bürokratischen Sozialstaates führen Wirtschaftsliberale gerne die Forderung nach mehr Eigenverantwortung ins Feld. Diese Forderung ist nicht falsch, aber sie rechtfertigt oft nur eine fantasielose Sparpolitik. Mehr Eigeninitiative und mehr Eigenverantwortung sind zweifelsohne notwendig, doch sie können nicht herbeigespart, sondern müssen gefördert werden.

Erst gerechte Rahmenbedingungen ermutigen zu mehr Kreativität – und zu schwer wiegenden Entscheidungen. Zum Beispiel bei der Entscheidung für Kinder. Der Wunsch besteht bei vielen Lebenspartnern. Doch sie wissen auch, dass die Möglichkeiten, ihren Beruf mit der Verantwortung für Kinder zu vereinbaren, nicht optimal sind. Mehr Kindergeld ist notwendig, um die Kinderarmut zu bekämpfen – doch dies reicht nicht. Zusätzlich bedarf es besserer Rahmenbedingungen für Eltern: indem die Kinderbetreuung auf allen Ebenen – in Kindergärten, in Ganztageschulen und in Betrieben verbessert und die Eltern für eine gewisse Zeit nach der Geburt des Kindes – staatlich gefördert – in Elternteilzeit Beruf und Kind leichter miteinander vereinbaren können. Außerdem müsste das überholte Ehegattensplitting im Steuersystem, das nur die Ehe, nicht jedoch Kinder steuerlich begünstigt, durch ein Familiensplitting nach französischem Muster ersetzt werden. Dann würden Familien umso stärker steuerlich entlastet, je mehr Kinder sie haben. Beispiele aus Frankreich oder Skandinavien zeigen, dass dann auch die Geburtenrate steigt.

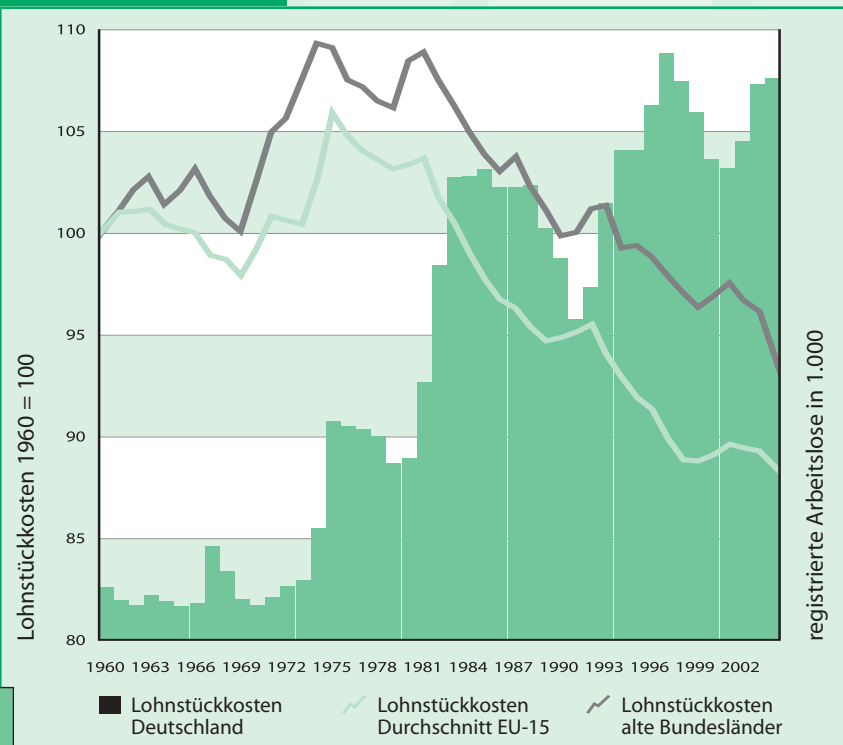
Gerechtere Rahmenbedingungen können auch in anderen Bereichen für mehr Eigeninitiative sorgen. Die Fachleute sind sich einig, dass die zunehmende Pflege in großen Heimen in Zukunft kaum mehr finanzierbar sein wird. Die gleichen Fachleute träumen von einem Netzwerk aus Pflegekräften, Nachbarn und ehrenamtlichen Helfern. Solche Netzwerke wollen gefördert sein – eine Sparpolitik tut dies nicht. Ähnliche Netzwerke sind auch anderswo notwendig: bei der Förderung von Arbeitslosen, in der Bildung, in der Jugendarbeit, in der Gefangenenbetreuung oder in der Psychiatrie. Auch hier muss Engagement belohnt werden. Was könnte da eine vergleichsweise bescheidene Umverteilung von hohem Vermögen alles bewirken – unter dem Motto: Altes Kapital fördert junges Kapital. Stellen wir uns einfach vor, es gäbe eine Steuer von einem Prozent auf Vermögen ab 250 000 Euro und eine höhere Steuer auf hohe Erbschaften – dann wäre es Jahr für Jahr möglich, in die Förderung jener zu investieren, die heute an den Rand gedrängt werden, obwohl wir sie angesichts der drohenden demografischen Entwicklung dringen benötigen würden.

Fazit: Panikmache ist die falsche Antwort auf die Krise des deutschen Sozialstaates. Notwendig ist eine breite Diskussion, die bei den wirklichen Ursachen der Krise ansetzt – und eine mutige Politik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – und nicht an denen mächtiger Lobbygruppen.

Seit dreißig Jahren fallen die Lohnstückkosten

Lohnstückkosten in Deutschland und im Durchschnitt der 15 „alten“ EU-Länder 1960 bis 2004 sowie Zahl der registrierten Arbeitslosen in den alten Bundesländern

Reale Lohnstückkosten, Index 1960 = 100



Alle müssen zahlen – Familien besonders

Abbau von Steuervergünstigungen * jähr. Einsparvolumen, in Mill. €	für 2007
Eigenheimzulage	1.488
Pendlerpauschale vom 1. bis 20. Kilometer entfällt	1.000
Steuerfreibetrag Biodiesel **	1.000
Sparerfreibetrag sinkt von 1370 € (2740 Verheiratete) auf 750 € (1500)	635
Abzug privater Steuerberatungskosten	0,0
Begrenzung Kinderfreibetrag und Kindergeld auf 25 Jahre	200
Freibetrag für Hochzeit und Geburt	5

* Mehreinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden auf den Bund entfällt rund die Hälfte (Beispiele)

** Mehreinnahmen aus Mineralölsteuer, nur Bund laut Koalitionsvertrag vom 11.11.2005



Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit

Koalitionsvertrag sieht Einführung des Elterngeldes ab 2007 vor

Am 11.11.2005 wurde der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD der Öffentlichkeit vorgestellt. Für die Bereiche Familie und Kinder hat er folgende Schwerpunkte:

Elterngeld (Originaltext)

„Das Elterngeld ersetzt als Einkommensersatzleistung **67 % des vorherigen, pauschalieren Nettoerwerbseinkommens** (maximal 1.800 2pro Monat) des-/derjenigen, der/die auf eine Erwerbstätigkeit wegen der Betreuung des Kindes verzichtet oder diese einschränkt. Alternativ ist zu prüfen, ob Bemessungsgrundlage das gemeinsame Nettoerwerbseinkommen der Eltern (Gleichstellung der Geschlechter), bei Alleinerziehenden das alleinige Nettoerwerbseinkommen sein soll.

Das Elterngeld wird um ein Leistungselement für Eltern mit geringen Einkommen oder nicht-erwerbstätige Eltern ergänzt (z. B. ein vom Familieneinkommen abhängiger Sockelbetrag), **alle Erziehenden erhalten eine Mindestleistung** (jedenfalls in der Höhe des bisher 6-monatigen vollen Erziehungsgeldes).

Der **Kreis der Anspruchsberechtigten** entspricht dem Berechtigtenkreis des bisherigen Bundeserziehungsgeldgesetzes.

Soziale Transferleistungen werden auf das Elterngeld **angerechnet**. Das Elterngeld wird nicht als Einkommen im Rahmen des Wohngeldes berücksichtigt.

Das Elterngeld wird für **ein volles Jahr** gezahlt unter Anrechnung des zweckgleichen Mutterschaftsgeldes. Eltern können wählen, ob sie das volle Elterngeldbudget **auf bis zu zwei Jahre verteilen wollen**.

Die **zwölf Monate** des Bezugszeitraums können zwischen den Eltern **aufgeteilt** werden. Zwei Monate bleiben dem Vater, zwei Monate der Mutter reserviert.

Die Leistung ist steuerfinanziert, steuer- und abgabefrei, bestimmt jedoch den steuerlichen Progressionsvorbehalt.

Die bisherigen Regelungen zur Elternzeit bleiben erhalten. Teilzeittätigkeit während des Bezugs ist möglich. Es ist zu prüfen, in wel-

cher Höhe das Elterngeld bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit im Rahmen der Elternzeit gezahlt werden kann und ab welcher Höhe des Haushaltseinkommens es gegebenenfalls entfällt. Die Einführung des Elterngeldes ist ab 2007 vorgesehen.“

Wohneigentumsbildung/Eigenheimzulage (Originaltext)

„Unser politische Ziel bleibt die Wohneigentumsbildung von Familien mit Kindern. Eine aktive Familienpolitik im Interesse der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft muss die Realisierung von Kinderwünschen auch durch ein familiengerechtes Wohnraumangebot unterstützen. Dazu werden wir mit der KfW-Förderbank Wege aufzeigen, wie die Beleihung im nachrangigen Bereich verbessert und verbilligt werden kann. Damit kann auch die Privatisierung von Wohnungen an Mieter unterstützt werden.“ ...

„Die **Eigenheimzulage** wird zum 1. Januar 2006 **abgeschafft**. Wohneigentum genießt bei den Bürgern eine besonders hohe Akzeptanz im Rahmen der privaten Altersvorsorge. Daher werden wir das selbst genutzte Wohneigentum zum 1. Januar 2007 in die geförderte Altersvorsorge integrieren. Die Diskriminierung gegenüber anderen Formen der Altersvorsorge wird im Interesse einer echten Wahlfreiheit für die Bürger beseitigt.“ ...

Rente (Originaltext)

„...Zur längerfristigen Stabilisierung und Erhaltung der genannten Ziele ist daher neben den bisherigen, erfolgreichen und fortzusetzenden Maßnahmen zur Erhöhung des faktischen Renteneintrittsalters eine schrittweise, langfristige Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters erforderlich. Dabei wird sichergestellt, dass Versicherte, die mindestens 45 Pflichtbeitragsjahre aus Beschäftigung, Kindererziehung und Pflege erreicht haben, weiter mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können.

Wir werden im Jahr 2007 die gesetzlichen Regelungen für eine 2012 beginnende Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre

	bei voller Wirksamkeit
ab 2013	5.893
ab 2008	3.000
	1.400
ab 2008	750
ab 2009	600
	200
ab 2008	11



Sie finden den Koalitionsvertrag (191 DIN A 4-Seiten) als pdf-Datei unter www.spdfraktion.de oder www.cducusu.de.



Herausgeber und Verlag:
Familienbund der Katholiken,
Diözesanverband Freiburg,
Okenstraße 15,
79108 Freiburg
Tel. 07 61 / 51 44-204
Fax 07 61 / 51 44-76 204
familienbund@
seelsorgeamt-freiburg.de

Redaktion:
Georg Zimmermann (G.Z.)
ISSN 0945-2338

Grafik, DTP:
Atelier Eschbach, Ettenheim
Druck:
Druckerei Stückle, Ettenheim

treffen. Sie soll in Abhängigkeit vom Geburtsjahrgang schrittweise erfolgen und vollständig für den ersten Jahrgang bis spätestens 2035 abgeschlossen sein....

Um die Förderung von Familien mit Kindern zu verbessern, wird die **Kinderzulage für die ab 1.1.2008 geborenen Kinder** von dann 185 € auf 300 € jährlich erhöht.“

Weitere Inhalte der Koalitionsvereinbarung, die Familie (be)treffen:

- Der Berechtigtenkreis des **Kinderzuschlages** soll ab 2006 ausgeweitet werden, um weitere 200.000 Kinder aus dem Bezug von SGB II Leistungen herauszuholen. Dies soll nach Angaben des Ministeriums insbesondere durch eine Flexibilisierung der Mindesteinkommengrenzen erreicht werden.
- **Kinderbetreuungskosten** sollen in höherem Umfang wie bisher von der Einkommensteuerschuld abgesetzt werden können.
- Mit einer **Familienkasse** soll die gesetzliche Harmonisierung der Familienleistungen und die organisatorische Bündelung ihrer Bearbeitung vorangetrieben werden.
- Die Koalition hält an den im **Tagesbetreuungsgesetz (TAG)** festgelegten Ausbauzielen fest und will bis 2010 30.000 zusätzliche Betreuungsplätze schaffen. Sollte eine im Jahr 2008 zu erstellende Prognose ergeben, dass mehr als 10% der Kommunen das geforderte Angebot zum 1. Oktober 2010 nicht gewährleisten können, soll der Rechts-

anspruch des § 24 Abs.1 SGB VIII auf alle Kinder ab dem 2. Lebensjahr ausgeweitet werden. Es wird geprüft, ob das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei gestellt werden kann.

- In einem **Projekt Mehrgenerationenhäuser** soll ein neuer gemeinwesenorientierten Ansatz der Förderung, Unterstützung und Hilfe für Familien im Sinne einer verzahnten, kombinierten und in die Gemeinde hinein geöffneten Angebotsstruktur erprobt werden. „Die Häuser entwickeln dabei zum einen eigene Angebote der Frühförderung, Betreuung, Bildung, Lebenshilfe. Zum anderen sind sie Anlaufstelle, Netzwerk und Drehscheibe für familienorientierte Dienstleistungen, Erziehungs- und Familienberatung, Gesundheitsförderung, Krisenintervention und Hilfeplanung.“
- In einem weiteren Projekt soll die „**frühe Förderung für gefährdete Kinder**“ im Sinne eines sozialen Frühwarnsystems organisiert werden.
- Ein **Servicebüro beim Bund** soll Aktivitäten in den Ländern, zum Beispiel die Einrichtung von Eltern-Kind-Zentren, koordinieren und begleiten.
- **Unterstützende Dienstleistungen** für Familien wie z.B. die Tagespflege sollen gefördert werden.
- Eine Offensive „**Familienbewusste Arbeitswelt**“ soll das Thema Elternschaft, auch und besonders von Führungskräften, aufgreifen und konkrete Vorschläge für eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt in Unternehmen verankern.
- Die **Erziehungskompetenz** von Eltern soll durch eine Neuausrichtung der Familienbildung, die auch „bildungsferne“ Eltern erreicht, gestärkt werden.
- Kinder und Jugendliche sollen stärker wie bisher in politische, planerische und zukunftsorientierte Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse einbezogen werden, um die **Entwicklung des Politikverständnisses** zu fördern.
- Die Bedeutung der **Kinderrechte** soll stärker in die Öffentlichkeit transportiert werden
- Alle jungen Menschen sollen die **gleichen Chancen auf Bildung** haben.
- **Kindesmishandlung und -vernachlässigung** sollen durch eine Stärkung der Prävention nachhaltig verbessert werden GZ

Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung von 16 % auf 19 %

(Alle Angaben in €)

Haushaltstyp	ledige Arbeitnehmer		Alleinerziehende mit 1 Kind	Doppelverdiener-Ehepaar mit 2 Kindern	Alleinverdiener-Ehepaar	
	2.000	4.500			2 Kinder	3 Kinder
Bruttolohn bzw. -einkommen/	2.000	4.500	1.500	4.000 (3000 + 1000)	2.500	3.000
Bruttokonsum 2005 (mit 16%)	650	1.400	550	1.600	950	1.150
Bruttokonsum 2006 (mit 19%)	666,81	1.436,21	564,22	1.641,38	974,57	1.179,74
monatl. Belastung	16,81	36,21	14,22	14,38	24,57	29,74
Nettokonsum excl. MwSt	560,34	1.206,90	474,14	1.379,31	818,97	991,38

Anhebung Normalsatz Mehrwertsteuer von 16% auf 19% – ermäßigter Satz bleibt bei 7%
Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes wird in voller Höhe in Preisen weitergewälzt.
(Netto-) Konsum unverändert.

Karl-Bräuer-Institut e.V./Präsidium Bund der Steuerzahler 22.11.2005